

# Die türkischen Samstagsmütter und die bittere Konfrontation mit der Wahrheit



## Vom Verschwindenlassen politischer Gegner in der Türkei

**Das gewaltsame Verschwindenlassen politischer Gegner ist eine besonders grausame Praxis terroristischer Gewaltherrschaft, das weltweit verbreitet ist. Auch in der Türkei hat das Verschwindenlassen politischer Gegner eine Tradition: am 28.1.1921 wurde Mustafa Suphi, der Gründer und Vorsitzende der türkischen Kommunistischen Partei, zusammen mit 15 Genossen von „Unbekannten“ ermordet und anschließend bei Trabzon im schwarzen Meer versenkt.**

Nach dem Militärputsch vom 12.09.1980 wurde die schmutzige Geschichte des Verschwindenlassens neu geschrieben. „Unbekannte Täter“ haben heimlich tausende Menschen ermordet, deren Leichname bis heute verloren gegeben sind - ähnlich wie in Argentinien. Die Festnahmen erfolgten manchmal verdeckt, oft aber durch bewaffnete Männer auf offener Straße, gegen die Familienangehörige oder Zeugen machtlos waren. 13 Fälle wurden zwischen 1980 und 1990 in verschiedenen türkischen Regionen gezählt. Einer von ihnen war Hüseyin Morsumbül, ein 17jähriger aus Bingöl, der am 18.09.1980, also direkt nach dem Putsch von der Polizei wegen einer Aussage „nur für 5 Minuten“ abgeholt wurde und danach nie wieder auftaucht ist. Die Familie hat überall gesucht, gebettelt und gehofft, alles vergebens. Für die Angehörigen hört der Schmerz durch die immerwährende Ungewissheit niemals auf.

Ab den 90er Jahren nahmen die Fälle des Verschwindenlassens in erschreckendem Ausmaß zu. Im Namen der Einheit und Unteilbarkeit des Landes wurde ohne Unterschied alles zivile Leben zum militärischen Ziel erklärt. Der Ausnahmezustand in den kurdischen Gebieten ermöglichte die fortgesetzte Eskalation der Gewalt zwischen kurdischen Rebellen, die ihrerseits die Zivilbevölkerung einbezog und staatlicher „Terrorbekämpfung“. Nicht nur durch Militär und Polizei, sondern vor allem durch verdeckte, paramilitärische Gruppierungen, die mit unbeschränkter Vollmacht, Waffen und Geld ausgestattet waren und unter dem Kürzel JITEM den Krieg nicht gegen die PKK, sondern gegen die unbewaffnete Zivilbevölkerung führten.

Hüseyin Toramans Verhaftung am 27.10.1991 wurde nachträglich von mehreren Zeugen bestätigt – und trotzdem hartnäckig dementiert. Er war ein linker Aktivist und wurde bereits gesucht, als in seiner Abwesenheit mehrere Polizisten seine Wohnung stürmten und dort irrtümlich auf Kollegen das Feuer eröffneten, die sie heimlich besetzt hielten. Die Opfer: ein Toter und ein Verletzter wurden der linken Gewalt zugeschrieben.

### Samstagsmütter

Allein im Jahr 1994 wurden vom türkischen Menschenrechtsverein 299 Fälle des Verschwindenlassens registriert. Als kein Tag verging ohne neue Schreckensmeldungen wurde am 21.03.1995 Hasan Ocak, ein 30jähriger Lehrer, in Istanbul verschleppt. Seine Familie fing sofort an ihn zu suchen, da es Augenzeugen seiner Festnahme gab und sein Foto wurde überall verbreitet. Nach 55 Tagen, am 17.05. erhielt seine Mutter eine Aufforderung der Gerichtsmedizin, eine Leiche zu identifizieren, die bereits auf einem Friedhof für namenlose Tote begraben war. Trotz der Entstellung durch die Folter konnte der Gesuchte identifiziert werden, (unter anderem durch Tintenspuren an seinen Fingerspitzen). Sein Tod war bereits 4 Tage nach der Festnahme durch Erwürgen in einem Wäldchen nahe Istanbul eingetreten.

Während Hasan gesucht wurde, fand man auch die Leiche von Ridvan Karakoç, der bereits am 15.02.1995 verschwunden war, im selben Wäldchen; auch er nach der Folter getötet. Für die Familien der Verschwundenen wurde das Wäldchen von Beykoz damit zu einer wichtigen Adresse.

*Eva Klippenstein war Teilnehmerin der IPPNM-Delegationsreise in die Türkei vom 13. bis 27. März 2010. Aus redaktionellen Gründen gekürzt. Erstveröffentlichung in IPPNW akzente, Mai 2010, IPPNW-Delegationsreise in die Türkei 2010.*

Da die Regierung I und die Justiz sich zu den Morden durch unbekannte Täter indifferent verhielt oder schwieg und sich diese brutale Praxis unübersehbar ausweitete, musste etwas gegen die Verzweiflung unternommen werden. Die Mütter der Opfer, angeführt durch Emine Ocak, Mutter von Hasan Ocak, entschieden sich spontan am Muttertag 1995 zur öffentlichen Klage. Sie versammelten sich von da an jeden Samstag vor dem Galatasaraygymnasium in Istanbul, friedlich, schweigend, mit Fotos ihrer Lieben, um auf diese Weise ihre Forderung hörbar zu machen: die Verbrechen aufzuklären und die Schuldigen vor Gericht zu bringen.

Das erste Treffen der Samstagsmütter wurde außer von der Polizei von fast niemandem beachtet und es gab nur 2 kleine Artikel in der Presse. Aber schon am 08.07. gab es den ersten Angriff eines Einsatzkommandos. Das hat auch zur Beachtung der Presse geführt. Die Samstagsmütter wurden von der Polizei beleidigt, bedroht, mit Knüppeln geschlagen, über den Boden gezerrt, doch sie setzten trotzdem etwa 3 Jahre lang beharrlich Woche um Woche teils hoffnungsvoll, teils bedrückt ihre stummen Proteste fort, oft unter Einsatz ihrer letzten Kräfte, ohne die Hoffnung auf die Rückkehr ihrer Angehörigen, aber im Wissen, dass nur so die scheußlichen Verbrechen ans Licht gebracht werden können. Und sie schafften es, sich mit der in vielen Ländern von Lateinamerika, Asien und Nordafrika bereits bestehenden „Allianz gegen das Verschwindenlassen“<sup>2</sup> zu vernetzen.

Und es gab Lichtblicke: die Internationale Liga für Menschenrechte in Berlin, die sonst nur Persönlichkeiten auszeichnet, verlieh am 10.12.1996, dem Tag der Menschenrechte die Carl-von-Ossietzky-Medaille zum ersten Mal an eine Initiative, die Samstagsmütter. Es wurden Songs auf die Mütter vom Galatasaraygymnasium komponiert und diese Solidarität hat sie bestärkt. Aber trotz dieser Unterstützung, die jetzt auch von Teilen der Gesellschaft und vom Ausland kam, blieb die bleierne Ungewissheit um das schreckliche Schicksal der Angehörigen bestehen. Eigentlich hatte die Gesellschaft nicht den Mut, den Samstagsmüttern in die Augen zu sehen.

**„Auch wenn es noch so schwer ist, das Zeugnis über die Tragödie des Verschwindenlassens immer wieder abzulegen, muss wie in einem historischen Manifest wieder und wieder davon erzählt werden, um gegen die ungerechte und grausame Amnesie anzukämpfen, denn wir dürfen nicht zulassen, dass es vergessen wird. Unser Erinnern ist ein Teil unserer Scham“  
(Nimet Tanrikulu, Sprecherin der Samstagsmütter<sup>1</sup>)**

Am 28. Mai 1998 trafen sich die Großmütter von der Plaza de Mayo aus Argentinien in Istanbul mit den Samstagsmüttern. Dieses Treffen setzte ein optimistisches Fanal, einmal durch die Botschaft der Solidarität, darüber hinaus, weil sie Großmütter und alt waren, ferner die eigentlichen Begründerinnen der Verschundenbewegung sind. Aus heutiger Sicht zeigt sich, dass ihr mehr als 30jähriges zähes Ringen die gesellschaftliche Kultur ihres Landes nachhaltig zu verändern half.

Nach diesem Besuch steigerte die Staatsmacht ihre brutale Abwehr gegen die allwöchentlich stattfindende friedliche Menschenrechtsdemonstration. Unter Missachtung der türkischen Verfassung<sup>3</sup> sowie des von der Regierung unterzeichneten Übereinkommen über die grundlegenden Rechte und Freiheiten<sup>4</sup> wurde aus angeblichen Sicherheitsgründen die Versammlung am Galatasaraygymnasium, sowie das Recht auf Presseverlautbarungen von den gewaltsam vorgehenden Sicherheitskräften verweigert.

In den 7 Monaten danach wurden insgesamt 431 Personen von mehreren Stunden bis zu 5 Tagen in Polizeihaft genommen, geschlagen, drangsaliert, über den Boden geschleift und beleidigt. Sie wurden angeklagt wegen Widerstands gegen die Polizei und Verletzung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts. Frauen, die weder lesen noch schreiben konnten, kamen wegen „Anschreibens von Parolen an die Zellenwände“ vor Gericht.

Insgesamt 4 Jahre lang hatten die Samstagsmütter ausgehalten. Demonstrationen sind angesichts der Verbote, Anzeigen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren nur ansatzweise möglich, die Betroffenen physisch und psychisch ausgelaugt, aber dennoch nicht ganz ohne Hoffnung. Der Protest hat subtilere Formen angenommen und er kann jederzeit wieder in alter oder neuer verstärkter Form aufgenommen werden. Denn noch immer sind tausende Menschen vermisst, neue Fälle werden registriert und Erkundigungen bei den Behörden erbringen nur die immergleichen dürren Auskünfte: „die genannte Person ist nicht bei uns“, oder „er/sie wurde freigelassen“.

